

Unser Mann in Berlin:

Norbert Schindler



- geb.: 15.10.1949 in Grünstadt/Pfalz
- verheiratet, 2 Kinder
- zuhause in Bobenheim am Berg
- Winzer, Landwirtschaftsmeister
- eigener Betrieb in Bobenheim/Berg
- Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz
- Vizepräsident des
- Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
- seit 1991 CDU-Kreisvorsitzender Bad Dürkheim
- Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1994
 - Mitglied des Finanzausschusses
 - stellv. Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Politische Ziele:

- Erhaltung des Schutzes und der Förderung der Familie, ohne die gesellschaftspolitischen Entwicklungen aus den Augen zu verlieren
- Verbesserung der Position derjenigen, die die schwierige Aufgabe der Kindererziehung übernehmen, auch durch finanzielle Honorierung der Erziehungszeiten
- steuerliche Belastungen in allen Bereichen müssen ausgewogen bleiben, damit für die Betroffenen noch finanzieller Spielraum bleibt
- der gerechte Ausgleich der Generationen muss bei der Rentenstrukturreform und anderen sozialen Umverteilungen oberste Priorität haben

CDU – Handeln statt warten!

Impressum: II/2005

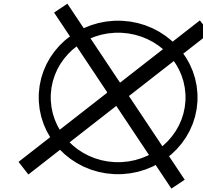
Herausgeber: **CDU**-Ortsverband Weidenthal, Langeckerstr. 22, 67475 Weidenthal

Redaktionsanschrift: Langentalstr. 90, 67475 Weidenthal

Verantwortlich für den Inhalt: Ralf Kretner, Hermann Daniel

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

CDU



Ortsverband Weidenthal



Inhalt:

- Die Junge Union, eine starke Truppe im Tal
- Unsere Kandidaten zur Landtagswahl 2006
- Norbert Schindler, unser Mann in Berlin

Finanzsituation der Gemeinde Weidenthal

Die allgemeine Finanzlage der Ortsgemeinde ist unverändert schlecht. Wir stehen weiterhin vor der Situation, dass selbst ohne einen einzigen Euro Investitionen die Verschuldung permanent zunimmt. Der Fehlbedarf wird zwar durch eine Zuweisung des Landes verkleinert, doch sind diese Zuweisungen dank der ebenfalls angespannten Finanzsituation des Landes stark rückläufig.

An dieser Stelle könnte man die Bücher zuklappen und sich des Wehklagens hingeben. Die gebetsmühlenartige Wiederholung der Aussage, dass wir eine grundsätzliche Änderung der Finanzierung der Kommunen brauchen, hilft an dieser Stelle nicht weiter, solange keiner diese Reform anpackt. Wer sollte daran ein Interesse haben? Das SPD-regierte Land, das Schattenpositionen im Haushalt aufbaut und loyal zur Bundesregierung steht? Der Bund unter der rot-grünen Regierung, der sich auf Kosten der Länder und Kommunen eine unsolide Ausgabenpolitik absegnen lässt?

Vor dem Hintergrund unserer Finanzlage ist klar, dass große Aufgaben und neue Projekte nicht in den Haushalt aufgenommen werden konnten. Es gilt, das Vorhandene zu erhalten, wie z. B. die **Grundsaniierung des Daches am Rathaus**.

Hier wurde über Jahre versäumt, sich um den Zustand des Gebäudes zu kümmern. Derzeit ist ein Kostenrahmen von 100.000 EUR eingestellt. Sinnvoll

ist in diesem Zusammenhang die Erledigung von weiteren Sanierungsarbeiten am Gebäude, die bei der notwendigen Einrüstung gleich mit erledigt werden können (Fassade, Fenster).

Selbst bei einer großzügigen Unterstützung durch Förder- und Zuschussmittel bleibt für die Ortsgemeinde ein Batzen im Haushalt, der erst mal geschultert werden muss. Selbst wenn Fördermittel fließen sollten, ist davon auszugehen, dass die Mittel ob der Finanznot des Landes erst wieder zeitverzögert ausgezahlt werden bzw. in verschiedene Tranchen aufgeteilt werden.

Eine Vorgehensweise, die uns als Ortsgemeinde im Jahr 2005 eine Mehrbelastung von ca. 20.000 EUR einbringen wird, da wir einen zugesagten Zuschuss des Landes erst im Folgejahr ausbezahlt bekommen und die Zwischenfinanzierung schlichtweg Kreditzinsen kostet, die wir bezahlen müssen. **Danke Herr Beck!**



Notwendigen Verbesserungen und Maßnahmen verschließt sich die CDU nicht. Auch enge Haushalte dürfen nicht dazu führen, dass unser Ort dem Verfall preisgegeben wird. Wenn wir heute an einigen Beispielen („4-Schüssel-Haus“, Gebäude gegenüber neuem Bahnhof, ...) diesen Eindruck schon haben, scheitert eine Regelung häufig an den Vorstellungen der Eigentümer, die den Wert ihrer Immobilie völlig anders einschätzen, als es die Realität gebietet. An anderen Themen ist die übergeordnete Verwaltung dran und Lösungen sind zumindest denkbar:

- **Friedhof:** Gerade am Friedhof muss klar sein, dass permanent die Einnahmen den Kosten gegenüber gestellt werden. Die beschlossene Erhöhung der Friedhofsgebühren um 5 % ist eine Maßnahme. Die anfallenden Gebühren, die seitens der Gemeinde in Rechnung gestellt werden, bilden dabei den kleinsten Kostenblock. Vor der letzten Kommunalwahl hat man die notwendigen Gebührenanpassungen als Wahlgeschenk ausfallen lassen.
- **Badeweiher:** Hier soll endlich das Geld für die Installation einer Brause in die Hand genommen werden. Eine Forderung, die seitens der CDU schon lange im Raum steht. Jetzt ist die Umsetzung angesagt.



- **Sporthalle:** Zweiseitig ist die Haushaltsposition, die Verbesserungen an der Sporthalle vorsieht. Letztendlich muss die Gemeinde zur Erlangung der Zuschüsse der Verbandsgemeinde neue Schulden machen. Der Prüfstein ist hier die Bewertung, ob die vorgeschlagene Maßnahme dem Werterhalt unserer Halle dient. Wir können keine Maßnahmen finanzieren, die zum Wohle einzelner Nutzer auf die Allgemeinheit umgelegt werden sollen. Konkret: Warum soll die Ortsgemeinde einen Schutzbelag für die Halle finanzieren, der zwar der Werterhaltung des Bodens dient, aber nur für eine Veranstaltung eines Vereins benötigt wird? Hier sehen wir die Veranstalter in der Pflicht, für den notwendigen Schutz zu sorgen. Zumal die Frage der Lagerung eines solchen Belages bis jetzt nicht zufriedenstellend beantwortet werden konnte.